

Externalisierung

Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld

Viele Begriffe werden im ökonomischen Raum gebildet. So gewann etwa ›Governance‹ keinesfalls zuerst in der Politikwissenschaft, sondern im Kontext der ökonomischen Transaktionskostentheorie an Verbreitung (vgl. dazu auch Mayntz 2009). Hier stellt Governance ein Kostenoptimierungsinstrument dar: Je besser die Governance, desto geringer die Transaktionskosten.

Auch ein kleiner Ausflug in die Begriffsgeschichte der ›Externalisierung‹ zeigt, dass sie zunächst in der ökonomischen Theorie und auf Kosten bezogen erwähnt wird. Diesen Strang skizzieren wir im ersten Teil und erläutern dann, welche Ansätze den Externalisierungsbegriff aus der ökonomischen Engführung lösen.

Unsere These ist: Externalisierung bezieht sich nicht allein und auch nicht vor allem auf Kosten, sondern es handelt sich um ein Prinzip kapitalistischer Vergesellschaftung. Hier liegen auch zentrale Bezüge zur Politischen Ökologie, die wir im zweiten Teil darlegen.

Von externalisierten Kosten zu Externalisierung als Prinzip – Herkunft und Entwicklung des Begriffs

Externalisierung als Auslagerungen von Kosten beschäftigt die ökonomische Theorie seit 1920, als Arthur C. Pigou den Begriff der ›externen Kosten‹ einführte (Pigou 1962 [1920]). Er wollte damit zeigen, dass das Marktgleichgewicht, bestimmt durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, auf zu niedrigen Kosten beruhe, da ein Teil der bei privaten Unternehmen anfallenden Kosten (wie die Erwärmung eines Flusses durch das Abwasser einer Stahlfabrik) in die Gesellschaft ausgelagert und daher nicht berechnet werde. Das Marktgleichgewicht stelle daher, so Pigou, im Gegensatz zur damals herrschenden volkswirtschaftlichen Lehre, kein gesellschaftliches Wohlfahrtsoptimum dar. Denn dieses unterstellt, dass im Marktgleichgewicht alle Marktteilnehmer*innen unter Abwägung aller Kosten und Nutzen ihre Pläne bestmöglich realisieren. Nicht eingerechnete Kosten führen dazu, dass das Marktgleichgewicht die gesellschaftliche Wohlfahrt als zu hoch ausweist. Um das Wohlfahrtsoptimum zu erreichen, schlug Pigou eine Unternehmenssteuer zur Internalisierung der ausgelagerten Kosten vor.

Das Konzept der externen Kosten wurde von K. William Kapp zu einem umfassenden Konzept der Sozialkosten weiterentwickelt (Kapp 1950). Theoretisch und em-

pirisch behandelte er die Sozialkosten als Kosten der Zerstörung der natürlichen und sozialen menschlichen Umwelt und kritisierte damit auch die herkömmliche ökonomische Theorie, die diese Kosten nicht zur Kenntnis nahm. Der Kapp-Schüler Christian Leipert erweiterte das Sozialkostenkonzept zu einer Theorie der externen Effekte (Leipert 1991). Er entwickelte auf dieser Grundlage eine umfassende Kritik der Messung der gesellschaftlichen Wohlfahrt mithilfe des Sozialproduktes.

Die Entdeckung der externen Effekte als systematischer Bestandteil kapitalistischer Produktions-, Konsumtions- und Marktprozesse führte sowohl zu Forderungen nach Internalisierung, das heißt nach Rückverlagerung der Kosten auf die privaten Verursacher*innen, als auch nach Änderung der Sozialproduktberechnung. Dieses drückt die Summe aller in einem Jahr hergestellten bewerteten Güter und Dienstleistungen aus. Werden dabei Kosten der Natur- oder Gesellschaftsbeschädigung (wie die oben genannte Erwärmung des Flusswassers oder Krankheitskosten infolge von Luftverschmutzung) nicht berücksichtigt, so werden das Sozialprodukt und seine Wachstumsrate zu hoch ausgewiesen. Sowohl die Forderung nach Internalisierung als auch die nach einer veränderten Sozialproduktberechnung zielen auf Beseitigung der externen Effekte durch deren Berücksichtigung in der privaten und gesellschaftlichen Kostenrechnung.

Die im Folgenden vorgestellten Theorien sprengen den engen Kostenrahmen und verstehen Externalisierung als Strukturprinzip kapitalistischer Gesellschaften.

Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld (2004, 2014) setzen an den feministischen Debatten um Dualismen an, untersuchen die Geschichte politischer und ökonomischer Theorien und kommen zu dem Schluss, dass die modernen bürgerlichen Gesellschaften durch eine Externalisierungsstruktur gekennzeichnet sind. Diese ist sowohl eine Ausbeutungsstruktur als auch eine Herrschaftsstruktur. Eine Ausbeutungsstruktur ist sie, weil das von der Ökonomie als Nicht-Ökonomie Abgespaltene – konkret die unbezahlte, zumeist von Frauen verrichtete Arbeit und die Natur – kostenlos angeeignet wird. Die Herrschaftsstruktur wird in der feministischen Herrschaftskritik von Carole Pateman derart herausgearbeitet, dass Gesellschaftsverträge im Grunde Geschlechterverträge sind. Sie basieren auf einer halbierten Gesellschaftsperspektive. Das Individuum der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*) wird in der klassischen Vertragstheorie so konzipiert, dass es all das in sich vereint, was Frauen nicht sind (Pateman 1988). Sie werden deshalb jedoch nicht im »Naturzustand« zurückgelassen, sondern vielmehr als genau das Abgespaltene gebraucht und in den neuen Gesellschaftsvertrag einbezogen. Halbierung und Externalisierung spielen also derart zusammen, dass die abgespaltene Hälfte dem Ganzen angehört und dennoch »draußen« bleibt, als dieses »Draußen« gebraucht wird. Externalisierung als Prinzip bedeutet unserem Ansatz zufolge, dass etwas zum »Außen« gemacht werden muss, damit es als Abgespaltenes und nicht Bewertetes angeeignet werden kann. Die Trennlinie ist dabei nicht fix, sondern wird immer wieder neu gezogen.

Stephan Lessenich legt 2016 eine Untersuchung der Stabilisierung und Reproduktion der modernen Gesellschaft mithilfe der systematischen Auslagerung von negativen Effekten auf Länder des Globalen Südens vor. Der Reichtum dieser »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2016) kann nur existieren, weil die anderen arm sind. Lessenich analysiert diesen Mechanismus als Struktur, Prozess und Praxis und ordnet den Analyseebenen die Wirkmechanismen Macht, Ausbeutung und Habitus zu. Als zentralen Ausbeutungsprozess sieht er das Verhältnis von sozial-weiblicher »reproduktiver« und sozial-männlicher »produktiver« Arbeit an.

Eine Vertiefung erhält der Ansatz über den auf Bourdieu zurückgehenden, ab 1967 systematisch entwickelten, Begriff des Habitus: Der Habitus, der von den Mitgliedern der reichen Gesellschaften wie selbstverständlich an den Tag gelegt wird, ist alltägliche Externalisierung. Zu diesem Habitus gehört ein Nicht-Wissen-Wollen der Zusammenhänge, verbunden mit dem Gefühl der Überlegenheit. Man sei eben besser als die Anderen, die selbst Schuld seien an ihrem Elend.

Lessenich bleibt mit seinem Konzept, das auf der Auslagerung negativer Effekte beruht, zwar dem engen Kostenrahmen verhaftet, weitet aber insgesamt die Externalisierungsdebatte zu einer globalen Gesellschaftsanalyse, die alle Mitglieder der reichen Gesellschaften einbezieht: Alle leben auf Kosten anderer, wenngleich auch in reichen Gesellschaften gravierende Unterschiede und soziale Ungleichheiten bestehen, sodass von keinem einheitlichen Externalisierungshabitus ausgegangen werden kann. Der Unterschied zwischen dem Ansatz von Stephan Lessenich und unserem Ansatz liegt darin, dass Externalisierung als Prinzip den Analysedimensionen von Lessenich vorgelagert ist – als Herrschaftsprinzip, über das Machtasymmetrien gerade auch durch Trennungen immer wieder hergestellt werden. Etwas oder eine Person wird zum Anderen gemacht – unsichtbar, wertlos und rücksichtslos ausbeutbar.

Ungerecht, ungleich, unsichtbar – Bezüge zur Politischen Ökologie

Teile der ökologischen Debatte sind von abstrakten, ökosystemtheoretisch basierten Modellen und Szenarien geprägt, etwa der Ansatz der planetaren Grenzen (Steffen et al. 2015). Im Kontext Politischer Ökologie wird kritisiert, dass es eben keine abstrakte Menschheit ist, die abstrakte Grenzen der Belastbarkeit überschreitet. Vielmehr sind Anteil an den Ursachen und Betroffenheit von den Folgen ökologischer Krisen ungleich verteilt. Damit einhergehend werden in macht- und herrschaftskritischer Perspektive Fragen von → Gerechtigkeit und sozialer Ungleichheit aufgeworfen.

Ungerecht

Es kann im engeren Verständnis von Externalisierung nicht gerecht sein, wenn die Einen auf Kosten der Anderen, auf Kosten von Menschen aus dem Globalen Süden oder auf Kosten zukünftiger Generationen, leben (→ imperiale Lebensweise). Für ein weiteres Verständnis ist zentral, dass Externalisierung eine Ursache von Ungerechtigkeit ist und selbst Ungerechtigkeit erzeugt.

So ist mit der corona-bedingten Ausgangssperre (*lockdown* genannt) eine Einsperung (*lock in*) verbunden gewesen. Öffentliche Leistungen insbesondere der Bildung und Kinderbetreuung wurden externalisiert und in den Bereich privater Haushalts- und Sorgeleistungen verlagert. Damit wurde ein gesellschaftliches ›Draußen‹ erzeugt, in dem die sonst erwerblich verrichteten Tätigkeiten nicht vergütet wurden und in dem ökonomische wie auch sozialpolitische Regelungen (z.B. Kurzarbeit oder Erstattung von Arbeitsausfallzeiten) nicht galten.

Ungleich

Der Gleichheitsanspruch ist mit Gerechtigkeit innig und ethisch verbunden. Externalisierung aber basiert auf Ungleichheit. Stephan Lessenich hat machtkritisch herausgearbeitet, dass es auf der einen Seite Menschen gibt, die externalisieren können (und müssen, weil es die gesellschaftlichen Strukturen und das westliche Wohlstandsmodell gebieten oder zumindest nahelegen) und auf der anderen Seite Menschen stehen, die diesen Externalisierungen ausgeliefert sind und ihrer Externalisierung nichts entgegenzusetzen können.

Doch als Prinzip beruht Externalisierung nicht nur auf Ungleichheit, sondern sie ist zugleich ein Mechanismus, der Ungleichheit erzeugt und Gleichheitsbestrebungen entgegenwirkt.

So sollen im Zuge der Gleichstellung Frauen an die Spitze und in Führungspositionen kommen. Da die Ungleichstellung von Pflege- und Sorgearbeiten jedoch bestehen bleibt, bilden sich globale Sorgketten, und die von den ›Spitzenfrauen‹ wie auch von vielen erwerbstätigen ›Mittelschichtsfrauen‹ vormals verrichteten Tätigkeiten werden von Menschen – oft Frauen – aus Osteuropa oder aus dem Globalen Süden übernommen. Im Schatten der Höherbewertung weiblicher Tätigkeiten stehen somit gering bewertete migrantische Tätigkeiten wie auch nicht bewertete Sorgeleistungen. Denn wer sorgt für den alten Vater und für die Kinder, die die migrierte Pflegeperson in ihrer Heimat zurückgelassen hat?

Hier wird erstens deutlich, dass kapitalistische In-Wert-Setzung Externalisierung braucht, und zweitens zeigt sich, dass ein zentrales Merkmal von Externalisierung die Verschattung bis hin zum unsichtbar Machen ist.

Unsichtbar

Dies hat in herrschaftskritischer Perspektive damit zu tun, dass sich Herrschaft, auch und besonders als Regierungsherrschaft, legitimieren muss. Dieses Legitimitätsgebot entfällt jedoch, wenn da nichts (Sichtbares) ist. Auf das im Schatten Liegende, auf das unsichtbar Gemachte, muss ebenso wenig sich legitimierende Rücksicht genommen werden wie auf das Abgespaltene, das zum Anderen von Gesellschaft Gemachte. Zu diesem Anderen gehört Natur.

Unsere obigen Darlegungen haben gezeigt, dass sich der Externalisierungsbegriff anfänglich auf Kosten bezog und auf die damit einhergehenden Zerstörungen ökologischer und sozialer Regenerationsfähigkeiten hinwies. Doch ähnlich wie bei den Sorgearbeiten zeigt sich auch hier, dass Internalisierung nur um den Preis erneuter und weiterer Externalisierung gelingen kann.

So hat die internationale Initiative *The Economics of Ecosystems and Biodiversity* (TEEB, von 2007 bis 2010, vgl. auch Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2018) die herausragende Bedeutung von ›Ökosystemleistungen‹ (auch ›Ökosystemdienstleistungen‹ genannt) hervorgehoben und daran gearbeitet, Natur als ›Naturkapital‹ bewertbar zu machen. Es ist aber nicht die ganze Natur, die nun kapitalisiert und bewertet wird, sondern es sind nur jene Teile von Natur, die in das kapitalistische Verwertungssystem integrierbar sind. Die Mücke oder gar das Federgeistchen gehören nicht dazu. So entsteht am Rande der neu bewerteten Natur ein diffuses und womöglich noch diffuser werdendes, externalisiertes, unsichtbares Draußen.

Schluss

Um der Externalisierung als Prinzip zu entkommen, reichen *Internalisierungsstrategien* nicht aus, weil der Mechanismus bestehen bleibt und das neu Internalisierte stets neue Externalisierungen hervorbringt. Daher geht es darum, die Gesellschaft derart zu transformieren, dass sie *Externalisierung* nicht mehr braucht. Das aber heißt auch, dass es der → Herrschaft an den Kragen gehen muss, denn das Urprinzip von Herrschaft liegt gerade in der identifizierenden Spaltung: zwischen dem, was drinnen ist und dem, was draußen ist, dem, was dazu gehört und beispielsweise politisch und ökonomisch ist und dem, was nicht dazu gehört. Für den Anfang könnten ein Externalisierungsverbot und das Nachdenken darüber hilfreich sein, wie denn eine Gesellschaft aussehen würde, in der Externalisierung verboten wäre?

Literatur

- Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2004): Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith, Bremer Diskussionspapiere Nr. 58, Bremen: Universität Bremen.
- Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Nr. 02/2014, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Kapp, K. William (1950): *The Social Costs of Private Enterprise*, Cambridge: Harvard University Press.
- Leipert, Christian (1991): *Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin: Hanser.
- Mayntz, Renate (2009): *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2018): »Ökosystemleistungen: Was die Natur uns gibt«, <https://www.ufz.de/teebde/> (Zugriff: 16.07.2020).
- Pateman, Carole (1988): *The Sexual Contract*, Cambridge: Polity Press.
- Pigou, Arthur C. (1962 [1920]): *The Economics of Welfare*, 4. Aufl., London: Macmillan.
- Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockström, Johan/Cornell, Sarah E./Fetzer, Ingo/Bennett, Elena M./Biggs, Reinette/Carpenter, Stephen R./de Vries, Wim/de Wit, Cynthia A./Folke, Carl/Gerten, Dieter/Heinke, Jens/Mace, Georgina M./Persson, Linn M./Ramanathan, Veerabhadran/Reyers, Belinda/Sörlin, Sverker (2015): »Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet«, <http://science.sciencemag.org/content/347/6223/1259855.full> (Zugriff: 16.07.2020).

